
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid
Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon 0 21 91/951 36 82
Fax 0 21 91/951 37 31
Email fraktion@dielinke-remscheid.de

Drucksache **16/3032**

Internet www.dielinke-remscheid.de

Antrag

der Fraktion

Resolution Regelsätze erhöhen

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Rat	08.09.2022	Entscheidung

Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der oben genannten Sitzung zu stellen und beantworten zu lassen:

Der Rat der Stadt Remscheid schließt sich den Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes an und fordert die Bundesregierung zu folgenden Maßnahmen auf:

1. Angesichts der enormen Inflationsrate durch Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln bedarf es einer Anhebung der Regelsätze für Leistungen der Mindestsicherung – wie Hartz IV – um monatlich mindestens 200 Euro.
2. Die im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP beschlossene Einführung einer Kindergrundsicherung, die eine Neudefinition des kindlichen Existenzminimums beinhalten soll, muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Um Kinderarmut vorzubeugen bzw. besser zu bekämpfen, müssen mit dieser Neudefinition deutlich bessere finanzielle Leistungen einhergehen.
3. Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro monatlich, der bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung gewährt werden soll, muss mindestens verdoppelt werden, um Kinderarmut wenigstens abzumildern.

Begründung

Die enorme Inflationsrate, ausgelöst durch Erhöhung von Energiekosten und vor allem Lebensmittelpreisen, belastet alle Haushalte, vor allem jedoch diejenigen Menschen, die an oder gar unter der Armutsgrenze leben. Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, haben in den letzten Jahren kaum eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation erlebt. So wurde zu Jahresbeginn der Hartz IV – Regelsatz gerade einmal um 0,7% erhöht. Der Monatssatz für Lebensmittel liegt danach nun bei 155,82 €. Das sind umgerechnet 5,08 € für Frühstück -, Mittag- und Abendessen.

Die von der Bundesregierung beschlossene „Einmalzahlung für den Monat Juli 2022“ von 200€ für „erwachsene Leistungsberechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme“ ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie verpufft angesichts einer langanhaltenden, sich weiter verschärfenden Inflation. Vordringlicher ist eine deutliche Anhebung des Regelsatzes, der auf einer Neuberechnung der Bedarfe beruht, die ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Expertinnen und Experten halten hier eine Erhöhung um 200€ für dringend nötig.

Auch für Kinder und Jugendliche gilt: Eine Soforthilfe von 20€ monatlich reicht angesichts der viel zu niedrigen Regelsätze in keiner Weise aus. Bundestag und Bundesregierung müssen hier mindestens für die Verdoppelung dieses Betrages sorgen um Kinder und Jugendliche sowie deren Familien spürbare Hilfe zu gewähren.

Wesentlicher ist aber, dass die von der Koalition beschlossene Einführung der Kindergrundsicherung zum einen zügig umgesetzt wird; zum anderen ist es unabdingbar, dass mit der Neudefinition des kindlichen Existenzminimums eine deutliche Verbesserung der finanziellen Leistungen für Kinder und Jugendliche einhergeht.

Remscheid, den 23.08.22

Brigitte Neff-Wetzel
(Fraktionsvorsitzende)

Axel Behrend
(Ratsmitglied)

Peter Lange
(Ratsmitglied)